



Gabriela Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227-75844

 (030) 227-76844

gabriela.heinrich@bundestag.de

martin.burkert@bundestag.de

08.06.2018

Sozialer Arbeitsmarkt – Hoffnung für Nürnberg

Die Pläne der Bundesregierung für den Sozialen Arbeitsmarkt nehmen konkrete Gestalt an. Jetzt wurde die Ressortabstimmung eingeleitet, die Pläne umzusetzen. Dies teilen die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriela Heinrich und Martin Burkert mit und sehen neue Chancen für Langzeitarbeitslose in Nürnberg.

Die beiden Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten rechnen nach Rücksprache mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) fest damit, dass das neue Instrument auch in Bayern zum Zug kommt und nicht nur in Bundesländern mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. „Da es sich um ein neues Regelinstrument handelt, kann es bundesweit eingesetzt werden. Wir gehen davon aus, dass viele Langzeitarbeitslose in Nürnberg vom neuen Programm profitieren werden“, so **Heinrich** und **Burkert**. Insgesamt habe die SPD vier Milliarden Euro durchgesetzt, um Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive zu geben.

„Langzeitarbeitslosigkeit kommt oft zusammen mit anderen Problemen, wie Erkrankungen, Sucht oder Schulden. Wenn andere Probleme der Grund für eine sehr lange Arbeitslosigkeit sind, dann müssen wir diese lösen. Deswegen geht es um einen ganzheitlichen Ansatz der Begleitung. Wir wollen und werden mehr tun, als Arbeitslosigkeit nur zu verwalten“, so **Heinrich** und **Burkert**.

Hintergrund:

Wer schon länger als sechs Jahre arbeitslos ist, soll künftig bis zu fünf Jahre mit einem schrittweise sinkenden Lohnkostenzuschuss von zu-

PRESSMITTEILUNG



Gabriela Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227-75844

 (030) 227-76844

gabriela.heinrich@bundestag.de

martin.burkert@bundestag.de

nächst 100 Prozent unterstützt werden. Wer länger als zwei Jahre arbeitslos ist, soll bis zu zwei Jahre mit einem Lohnkostenzuschuss von 75 Prozent im ersten Jahr und 50 Prozent im zweiten Jahr gefördert werden können. Gefördert wird mit den Zuschüssen die reguläre Beschäftigung bei privaten Firmen, Kommunen und gemeinnützigen Trägern. Für beide Zielgruppen gehört die zusätzliche Betreuung zum Programm.

PRESSMITTEILUNG